

FAKTENBLATT #7

Investitionen in den öffentlichen Dienst

Ein starker öffentlicher Dienst ist für Rheinland-Pfalz unerlässlich. Damit das Land als Arbeitgeber weiterhin attraktiv und konkurrenzfähig bleibt, hat sich die Landesregierung im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst zeit- und systemgerecht auf die Beamt*innen zu übertragen – insgesamt geht es um mehr als 934 Millionen Euro für die Jahre 2026, 2027 und 2028.

Bislang belaufen sich die Ausgaben für die Besoldung von Beamt*innen und Richter*innen auf rund 4,5 Milliarden Euro.

Im Koalitionsvertrag angekündigt wurde außerdem die Erhöhung der Polizei-, Justiz- und Feuerwehrezulage auf Bundesniveau, also 228 € im Monat. Dafür fallen für die rund 11.150 betroffenen Beamtinnen und Beamte zusätzliche Kosten von jährlich rund 6,4 Millionen Euro an.

Auch die Eingruppierung der Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13 hat die Koalition vereinbart. Dies führt zu Mehrausgaben von etwa 64 Millionen Euro pro Jahr.

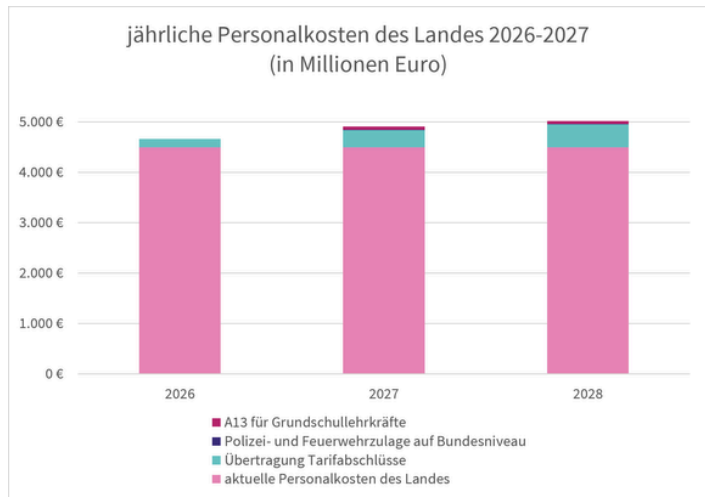
Personalkosten für Landesbedienstete sind nicht ausschließlich staatliche Konsumausgaben; sie sind auch eine Voraussetzung dafür, dass der Staat seine Aufgaben dauerhaft erfüllen kann. Außerdem sorgen sie für Binnennachfrage und Steuereinnahmen.

Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst – verschärft durch den anstehenden Ruhestand der Babyboomer – wird zur Frage der staatlichen Handlungsfähigkeit, denn der Öffentliche Dienst konkurriert mit Privatwirtschaft um die besten Köpfe. Und um mehr öffentlichen Investitionen auf die Straße zu bringen, braucht es schließlich auch Menschen, die diese Investitionen planen, genehmigen, ausschreiben und die Umsetzung begleiten.

Rheinland-Pfalz sollte gezielt in die Personal- und Qualifikationskapazitäten investieren, die nachweislich staatliche Leistungen sichern, Digitalisierung ermöglichen und andere öffentliche Investitionen überhaupt umsetzbar machen.

Digitalisierung braucht selbst qualifiziertes Personal

Wenn Rheinland-Pfalz seine Verwaltung digitalisieren will, muss es nicht nur Software und technische Infrastruktur finanzieren, sondern auch in die Menschen, die Prozesse neu organisieren, IT-Projekte steuern und den Betrieb digitaler Angebote betreuen.



Hier geht es zur Investitionsstudie